Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

mit Loschwitzer Anzeiger

Tageszeitung für das östliche Dresden u. seine Vororte

Fernsprech-Anschluß: Amt Dresden Nr. 31502
Tel.-Adr.: Elbgaupresse Blasewitz

Bank-Konto: Allg. Deutsche Credit-Anstalt, Blasewitz
Postscheck-Konto: Nr. 512 Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaften Dresden-N. und Dresden-A.

Verlag: Elbgau-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich: Eugen Werner Dresden.

Erscheint täglich mit der Beilage „Agrar-Warte" und illust. Kur- und Fremdenliste. Bezugspreis: Monatlich M. 180.—, außer Zustellgebühr; bei den deutschen Postanstalten M. 180.—. Einzelverkaufspreis: M. 10.—. Für Fälle höherer Gewalt, Krieg, Streiks usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung bezw. Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Lesegeldes. Druck: Clemens Landgraf Nachf. L. Dresden-Freital. Bei unverlangt eingesandten Manuskripten ist Rückporto beizufügen. Für Anzeigen, welche durch Fernsprecher aufgegeben werden, kann eine Verantwortung bez. der Richtigkeit nicht übernommen werden.

Anzeigen werden die 8gespaltene Petit-Zeile mit M. 15.—, berechnet, Reklamen die 4gespaltene Zeile mit M. 45.—. Anzeigen und Reklamen mit Platzvorschriften und schwierigen Sätzen werden mit 50 Prozent Aufschlag berechnet. Schluß der Anzeigen-Annahme vormittags 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telephonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden, wenn nicht binnen 4 Wochen nach dem Empfang der Rechnung die Zahlung erfolgt. Bei gerichtlicher Einziehung der Anzeigenbeträge fällt der bewilligte Rabatt fort.

Nr. 269 — Blasewitz, Sonnabend, 18. November 1922 — 84. Jahrgang

Lösung der Kanzlerkrise, ein Kabinett Cuno?

Die ersten Besprechungen mit den Parteiführern. — Günstige Aufnahme im allgemeinen; auch die V. S. P. D. erhebt keinen Einspruch. — Dr. Stresemann als Außenminister?

Ein Kabinett der Arbeit.

Berlin, 16. November. **Der Reichspräsident hat Geheimrat Cuno, Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, mit der Bildung des Reichskabinetts beauftragt. Geheimrat Cuno hat den Auftrag angenommen und ist in die erste Besprechung mit den Parteiführern eingetreten.**

Der neue Reichskanzler.

Reichspräsident Ebert hat, wenn nicht noch unerwartete Hemmungen sich einstellen, den schwierigsten Teil seiner Aufgabe gelöst: den Mann zu gewinnen, der, ohne parteipolitische Gebundenheit, aber nicht ohne Beziehungen zu den Parteien, es übernimmt, das Kabinett zusammenzustellen. Der neuberufene Reichskanzler, Geheimrat Cuno, veranschaulicht durch seine Person vor allem die Bedeutung, die in der heutigen Lage Deutschlands der wirtschaftlichen Führerschaft beigemessen wird. Aber der Leiter der Hamburg-Amerikalinie ist darum nicht der „unpolitische" Kanzler, den unpolitische Köpfe, des Parteitreibens müde, herbeiwünschten. Er hat den Verbindungsweg zwischen Staat und Wirtschaft schon einmal in umgekehrter Richtung zurückgelegt; denn er kam zu der Hamburg-Amerikalinie aus einem Reichsamt. Mindestens die Technik der Staatsverwaltung ist ihm also bekannt. Aber auch an der unter allen Umständen notwendigen Beglaubigung durch Parteien fehlt es ihm nicht: er ist Mitglied der Deutschen Volkspartei und steht, als Katholik, zugleich dem Zentrum nicht fern.

Aeußerlich ist es ihm durch diese Verbundenheiten gewiß sehr erleichtert, die Zustimmung der Parteien zu seiner Person sowohl wie zu den übrigen Kabinettsmitgliedern zu erlangen und sogar, vorläufig innerhalb des Kabinetts, die „Koalition" zu verwirklichen. Auch das Regierungsprogramm braucht er in der Hauptsache nur zu übernehmen, denn an dem Plan, mit dem sich die scheidende Regierung Wirth ans Ausland wandte, ist nicht mehr zu rütteln, und die Parteien haben auch gar nicht die Absicht, an diesem Ausdruck gemeinsamen Müssens ohne Zwang von außen etwas zu ändern. Die eigentliche Schwierigkeit seines Amtes beginnt erst bei dem Versuch, die Parteien zur Uebernahme ihres Anteils an der Verantwortlichkeit zu veranlassen, mit anderen Worten: die Koalition über das Kabinett und das Programm hinaus zu einer allseitig urkundlichen parlamentarischen Tatsache zu erweitern.

Daß eine solche Aufgabe nicht einfach ist, geht gerade aus der leichten Bereitschaft hervor, mit der die Parteien den ausersehenen Kanzler und den Gedanken eines „Kabinetts der Persönlichkeiten" aufgenommen scheinen. Denn wenn man dies Schlagwort auf seinen Inhalt prüft: was bedeutet es nach der wirklichen Lage der Dinge? Nach Herkunft, Eigenschaften, Beziehungen werden sich die neuen Minister von den alten kaum so stark unterscheiden, daß ihre Absonderung durch das Kennwort „Persönlichkeiten" berechtigt wäre. Manche werden einfach in ihren Aemtern bleiben oder nur den Posten wechseln. Von den vermutungsweise genannten Neuen würde Botschafter Mayer Außenminister werden, weil es bis jetzt an einem Außenminister fehlte, Raumer Wirtschaftsminister, weil er Volksparteiler ist, ein bayerischer Volksparteiler aus ähnlichen Gründen Postminister. Etikettiert man diese Herren im Voraus mit dem Titel „Persönlichkeiten", so bedeutet das nichts anderes, als daß die Parteien sich der Verantwortlichkeit für die Politik der ihnen nahestehenden Kabinettsmitglieder zu entziehen wünschen. Sachlich genommen verbessert es nicht, sondern verschlechtert die spielsweise, die Deutsche Volkspartei, die bis Stellung des neuen Kabinetts, wenn, beizeit nur entweder mitregieren oder fernbleiben wollte, jetzt plötzlich sich mit der Anwesenheit gleichsam unnotierter Vertrauensmänner im Kabinett begnügte; oder wenn die Sozialdemokratie gegen Cuno und Raumer darum nichts einzuwenden hätte, weil sie als „Persönlichkeiten", nicht als Volksparteiler in der Regierung sitzen. Das alles hätte man in einem umgebildeten Ministerium Wirth ebenfalls haben können, und ohne Krisis.

In Wahrheit kommt es aber darauf an, daß die neuen Männer, gleichviel, in welchem Grad sie als Einzelne die Bezeichnung „Persönlichkeiten" verdienen, von den sachlich auf das Wirtschaftsprogramm geeinigten Parteien nicht nur in bequemem Wohlwollen geduldet, sondern unzweideutig beglaubigt werden. Das Ausland, dessen Vertrauen doch schließlich über das deutsche Schicksal entscheidet, würde wenig auf die Unterschrift von Ministern geben, die nur bestellt wären, den Parteien die Verantwortung abzunehmen. Eine Koalition muß gegenzeichnen.

Die ersten Besprechungen mit den Parteiführern.

Berlin, 7. November. **Der mit der Kabinettsbildung beauftragte Generaldirektor Cuno hat gestern nachmittag und abend die Vorsitzenden der Fraktionen der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft und der Sozialdemokratie über seine Absicht unterrichtet, ein Kabinett der Arbeit zu bilden, das sich, ohne ein ausgesprochenes Koalitionskabinett zu sein, auf alle Parteien stützen soll, die aufbauende Arbeit leisten wollen. Als wichtigste Aufgabe bezeichnete er, Deutschland aus seinen finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten herauszuhelfen. Er nahm die in der Note an die Reparationskommission vom 13. November in großen Zügen dargelegten innen- und außenpolitischen Leitsätze, die die Zustimmung der vier Parteien der Arbeitsgemeinschaft und der Sozialdemokratie gefunden haben, an. Bei den Parteien der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft hat die Kandidatur Cunos eine günstige Aufnahme gefunden.**

Auch die Sozialdemokratische Fraktion hat beschlossen, gegen den Versuch einer Kabinettsbildung durch Cuno keinen Einspruch zu erheben. Der „Vorwärts" erläutert diesen Beschluß dahin, daß Cuno für die Sozialdemokratie nicht von vornherein ein unannehmbarer Kandidat sei. Eine endgültige Stellungnahme der Partei könnte aber erst erfolgen, wenn [illegible]

von ihm vorgeschlagene Kabinett vorliege. — Was die Zusammensetzung des neuen Kabinetts anlange, so habe Cuno die Absicht, neben einer Reihe von Parlamentariern einige Fachminister zu berufen, die politisch der Deutschen Volkspartei nahestehen.

Cuno ist gestern abend nach Hamburg gereist und fährt heute nachmittag nach Berlin zurück, um seine Verhandlungen über die Kabinettsbildung abzuschließen.

Die ersten Schwierigkeiten.

Berlin, 17. Nov. Die „Kreuzzeitung" berichtet: Am Donnerstag abend wurde im Reichstag bekannt, daß Geheimrat Cuno bereits auf die erste Schwierigkeit gestoßen ist. Er will Dr. Stresemann als Außenminister in sein Kabinett aufnehmen. Die Sozialdemokraten wollen den Führer der Deutschen Volkspartei aber sehr energisch ablehnen.

Cunos Programmerklärung.

Berlin, 17. Nov. Wie verlautet, rechnet man mit der Möglichkeit, daß die Programmerklärung der neuen Reichsregierung am Mittwoch nächster Woche erfolgt. Da die Bildung des neuen Kabinetts voraussichtlich am Freitag oder spätestens am Sonnabend erfolgen dürfte, wird der Aeltestenausschuß des Reichstages am Freitag zusammentreten, um erst dann über den Tag, an dem die Regierungserklärung abgegeben werden soll, endgültig Beschluß zu fassen.

Mit Rücksicht auf die Neubildung der Regierung und auf die schlesischen Wahlen wird sich der Reichstag auf einige Zeit vertagen.

Berliner Pressestimmen.

Berlin, 17. Nov. Der „Berliner Lokal-Anzeiger" schreibt über Cuno: Man hofft, daß die vortrefflichen persönlichen und geschäftlichen Beziehungen Cunos zu vielen Industrie-, Schiffahrts-, Handels- und Finanzkreisen Amerikas und Englands, wo er in aller Stille die geschäftlichen Verbindungen für die Hapag (a's erstes das bedeutsame Harriman-Abkommen) wieder anknüpfte, seiner auswärtigen Politik sehr zugute kommen werden. In den ihm nahestehenden Kreisen erwartet man viel von seinem wirtschaftspolitischen Weitblick. Er stimmte den bekannten Hamburger Bestrebungen zu, die den engen wirtschaftlichen Anschluß an Amerika und Rußland unter Einbeziehung Englands befürworten. — Der „Vorwärts" erklärt: In den Augen der Arbeitermassen ist die Tätigkeit in der Leitung eines kapitalistischen Großunternehmens keine Empfehlung, und Herr Cuno wird wohl wissen, daß er als Reichskanzler auf diesem Gebiete mit vorgefaßten Meinungen zu rechnen hätte. Er wird sich aber weiterhin daran erinnern, daß es Walther Rathenau, der gleichfalls von einem großen kapitalistischen Unternehmen kam, gelungen ist, diese vorgefaßten Meinungen zu überwinden. Die Sozialdemokratie hat sich ihre endgültige Stellungnahme vorbehalten. — Das „Berliner Tageblatt" sagt: Ein Mann, der sich auf den Boden der Weimarer Verfassung der Republik gestellt hat, der in Gewerkschaften seit langem eingetreten ist für eine Politik der breiten Mitte, ein gewandter Redner — beinahe ein Parteiredner, wenn er öffentlich redet —, in seinem Auftreten ein Gesellschaftsmensch.

Entspannung der Orientkrise.

Eine Entspannung in der Orientkrise scheint sich nach den Pariser Meldungen vorzubereiten. Poincaré soll erklärt haben, daß er mit dem letzten englischen Memorandum im allgemeinen einverstanden sei, und daß auch er Wert darauf lege, vor Zusammentritt der Friedenskonferenz von Lausanne zu einer Verständigung mit England zu kommen. Daß diese Verständigung nur auf Kosten der Türkei erfolgen kann, versteht sich von selbst, und wenn die Einzelheiten, die über den geheimgehaltenen Inhalt des Memorandums in die Oeffentlichkeit dringen, den Tatsachen entsprechen, so sollen den Türken inbezug auf die Dardanellen geradezu untragbare Bedingungen auferlegt werden. Es ist kaum anzunehmen, daß Rewail Pascha sich zu der Unterschrift unter einen derartigen Friedensvertrag hergeben würde. Wenn also Paris von einer Entspannung in der Orientkrise spricht, so ist das dahin zu verstehen, daß man angesichts des Ausfalls der englischen Wahlen glaubt, wieder in bessere Fühlung mit London kommen zu müssen, und deshalb sich den Anschein gibt, bereit zu sein, die Türken weniger als bisher zu unterstützen.

Curzon optimistisch.

London, 16. Nov. Reuter meldet: Die englisch-französischen Verhandlungen bezüglich der Orientfrage nehmen einen so befriedigenden Verlauf, daß Lord Curzon morgen nach Paris reisen wird, wo er am Sonntag mit Poincaré eine Besprechung haben wird. Die beiden Staatsmänner werden Sonntag nach Lausanne abreisen.

Die Stellung Italiens zur Orientfrage.

Rom, 17. Nov. Ueber die Stellung Italiens zur Orientfrage wird offiziell versichert, daß die über die Orientfrage veröffentlichte Denkschrift nichts enthalte, was den Interessen Italiens widersprechen würde. Die italienische Regierung halte daran fest, daß man der Türkei mit dem größten Wohlwollen entgegenkommen solle, um den Frieden dauernd zu gestalten.

Programmrede Mussolinis.

Rom, 16. Nov. In seiner großen Programmrede in der Kammer erklärte Mussolini zur auswärtigen Politik, seine Politik beruhe auf den Grundlagen der Friedensverträge. Wenn sich aber ihre Sinnlosigkeit ergebe, könne man die gegenseitige Stellung der Vertragschließenden von neuem prüfen. Ueber das Problem des wirtschaftlichen Wiederaufbaues Europas sagte Mussolini, es sei besser, Handelsverträge zu zweien abzuschließen, anstatt große nutzlose Konferenzen abzuhalten. Er nehme sich vor, in den Unterhaltungen mit den Ministern Englands und Frankreichs das Problem der Entente ins Auge zu fassen. Aus dieser Prüfung gehe entweder ein wahrhaft homogener Block von Kräften hervor, oder die letzte Stunde für die Entente habe geschlagen. Er wünsche, das erste möge geschehen, auch in Anbetracht der Erschütterung der Welt im Osten und der wachsenden Intimität zwischen Deutschland und Rußland. Hinsichtlich der Türkei müsse man anerkennen, was jetzt eine vollendete Tatsache sei, unter den notwendigen Garantien für die Freiheit der Meerengen und das Interesse Europas, sowie der christlichen Minderheiten. In